



Bürger*innenbrief

15. Oktober 2024

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Rechenschaftsbericht der Linksfraktion (1) +++ Esso-Häuser/Paloma-Viertel: PlanBude schmeißt hin +++ Der Maulkorb des »Schulfriedens« +++ Wohnungspolitik +++ Geschichte wird gemacht +++ Kampfansage an die Ferienwohnungen +++ Buchbesprechung +++ Die Rote Hilfe+++ Kulturipp: Roman Knížka und das Bläserquintett OPUS 45



Auf dem Landesparteitag der Hamburger LINKEN am 11. Oktober (www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/)

Liebe Leserinnen und Leser,

wir erlauben uns, im Vorwort dieses Mal vor allem auf die Situation der Hamburger LINKEN gut vier Monate vor der Bürgerschaftswahl einzugehen. Denn die wird nicht nur für unsere Fraktion, sondern auch darüber hinaus von herausragender Bedeutung sein. Diese Abstimmung am 2. März 2025 ist die erste Landtagswahl nach drei desaströsen Wahlen in den ostdeutschen Ländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg und zugleich die letzte vor der Bundestagswahl am 28. September. Gelingt es uns einerseits, den Aufmarsch der Rechten zu stoppen, oder besser noch: zurückzudrehen, und andererseits DIE LINKE zu stärken und zu entwickeln, oder wird es einen weiteren Schritt in die Destabilisierung der demokratischen, offenen Gesellschaft geben? Wir hatten auf entsprechende Fragen und Überlegungen bereits im letzten »Bürger*innenbrief« hingewiesen. Es steht zu befürchten,

dass uns und die fortschrittliche Zivilgesellschaft diese Aspekte auch in den kommenden Monaten maßgeblich bewegen werden.

Immerhin, für die Hamburger LINKE lässt sich nach den Querelen der letzten Zeit Positives vermelden. Dafür werfen wir ein Schlaglicht auf das vergangene Wochenende, denn da hat die Hamburger Landesorganisation ihren Parteitag im Bürgerhaus Wilhelmsburg abgehalten. Anders als auf Bundesebene lief dieses Ereignis in großer Einmütigkeit ab. »Optimismus trotz schlechter Umfragewerte«, titelte der NDR am zweiten Tag der Beratungen.¹ Im Mittelpunkt stand dabei das Programm für die Bürgerschaftswahl am 2. März 2025, das nach Erörterung von gut 100 Änderungsanträgen mit großer

¹ NDR-Pressmeldung vom 12.10.2025.

Mehrheit angenommen wurde. »Zu den Schwerpunkten im Wahlprogramm zählen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Hamburg mit Hilfe eines Mietendeckels und Mietsenkungen bei der SAGA, die Einführung eines Landesmindestlohn-Gesetzes und 15 Euro Mindestlohn für städtische Betriebe, eine gute Gesundheitsversorgung in wirklich allen Stadtteilen und der massive Ausbau des HVV«. Entsprechend dieser Orientierung wird das Wahlprogramm daher auch den Titel »Gemeinsam für die Vielen« tragen. »Wenn wir unsere Demokratie gegen den Autoritarismus und die AfD verteidigen wollen, brauchen wir Investitionen in unsere Infrastruktur, von denen die Leute auch zu Lebzeiten profitieren«, führte Sabine Ritter – die amtierende Landessprecherin der Hamburger LINKEN – in ihrer Vorstellung des Wahlprogramms aus. »Wir brauchen keine schwarze Null, keinen kurzen Olaf, keine Hinterzimmer-Deals. Sondern ein Ende der Privatisierungen, einen Mietestopp bei der SAGA, die Straßenbahn, eine Schule für alle und einen offenen, transparenten Politikstil. Wirkliche Demokratie! Gegen Rechts! Das ist das Angebot, das wir den Hamburger*innen mit unserem Wahlprogramm machen.«² Das in seiner veränderten Fassung angenommene Programm wird in den kommenden Tagen auf der Homepage einzusehen sein (www.die-linke-hamburg.de).

Ebenso breiten Zuspruch wie das Programm fanden nach Abschluss des Parteitages auf der direkt danach anberaumten Landesvertreter*innenversammlung auch die Kandidat*innen für die Bürgerschaftswahl. Für die Landesliste wurden nach jeweils intensiver Einzelvorstellung und -be-

fragung mit mehr oder weniger 90-prozentiger Zustimmung Cansu Özdemir auf Platz 1 (89,2%), Heike Sudmann (93,1%) und Sabine Ritter (88,2%) gewählt. Drei Frauen an der Spitze, gefolgt von Deniz Çelik, Olga Fritzsche, David Stoop, Carola Ensslen und Stephan Jersch. Insgesamt umfasst unsere Bürgerschaftsliste 24 Plätze. Wir wünschen allen Kandidat*innen für die nächsten Monate ein gutes Händchen und Stehvermögen und für die Wahl ein traumhaftes, ein zweistelliges Ergebnis! Im Übrigen, verabschiedet wurden an diesem Wochenende auch die Abgeordneten Sabine Boeddinghaus nach fast zehn- und Norbert Hackbusch nach gut 16-jähriger Arbeit im Hamburger Landesparlament, die beide nicht mehr zur Wahl antreten wollten.

Bis zur Bürgerschaftswahl gilt es noch allerlei Kärnerarbeit zu leisten. Und das bezieht sich nicht nur auf die anstrengende Diskussion des Doppelhaushalts 2025/2026 mit dem Höhepunkt der dreitägigen Debatte vom 16. bis 18. Dezember, das meint auch all die anderen Probleme, die es zu bearbeiten gilt, und natürlich die politischen Vorhaben, die wir bis Anfang März 2025 zu einem gewissen Abschluss bringen wollen. Um sie dann, nach dem 2. März, mit frischer Kraft, alten und neuen Abgeordneten und einer gestärkten Linksfraktion um so intensiver und nachhaltiger wieder aufs Tapet zu holen. Anregungen, Wünsche und Ideen aus dem Kreis der Leserinnen und Leser des BB nehmen wir nur allzu gerne entgegen.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Hanno Plass und Michael Joho

² Pressemeldung der Hamburger LINKEN vom 12.10.2024.



Die Kandidat*innen der LINKEN für die Bürgerschaftswahl am 2. März 2025 (Foto: DIE LINKE)

Und das haben wir seit Herbst 2022 gemacht

Es gehört zu den Gepflogenheiten in der LINKEN, dass die Fraktion Rechenschaft über ihre Arbeit in der Bürgerschaft ablegt. Auf dem Landesparteitag der Hamburger LINKEN vom 11. bis 13. Oktober stellte die Co-Fraktionsvorsitzende Sabine Boeddinghaus gleich zu Beginn den Bericht vor. Rechenschaft wird darin erstattet über den Zeitraum Oktober 2022 bis August 2024. Um unsere Tätigkeiten auch gegenüber der interessierten Öffentlichkeit und den Wähler*innen zu veranschaulichen, nehmen wir das Papier im »Bürger*innenbrief« auf.

Wegen des Umfang verteilen wir den Text allerdings auf diese und die nächsten beiden Ausgaben. Und beginnen in dieser Nummer mit der Einleitung und den Schlaglichtern auf die Haushalts-, Wohnungs-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs-, Umwelt-, Energie-, Klima-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wer es gar nicht erwarten kann, das gesamte Dokument in einem Zug zu lesen, kann auch schon mal [hier](#) luschern. Und wen die vorausgegangenen Jahre 2020 bis 2022 der Bürgerschaftsarbeit interessieren, kann [hier](#) gucken.

Rechenschaftsbericht der Linksfraktion

Oktober 2022 bis August 2024 (Teil 1)

Alle gehen nach rechts – wir sind und bleiben links:

Die Linksfraktion als einzige soziale Opposition in der Hamburgischen Bürgerschaft

Alle gehen nach rechts – wir aber nicht: Angesichts der Wahlerfolge der AfD rückt das Thema Migration als zentrales Problem ins Bewusstsein der Menschen. Wir halten dagegen – nehmen teil an den Kundgebungen gegen Rechts nach Bekanntwerden der Deportationspläne von AfD & Co., fordern in der Bürgerschaft eine Überprüfung der Resilienz und Wehrhaftigkeit unserer demokratischen Institutionen und ein Verbot der AfD, haben aber auch eine klare Haltung gezeigt angesichts des zunehmenden Rassismus auch in Hamburg: Wir haben einen Winterabschiebestopp gefordert und den Protest gegen die »Social Card« für Geflüchtete in die Bürgerschaft gebracht. Die Politik von SPD und Grünen setzt im Bund genau wie in Hamburg die Falschen unter Druck – so reichert man den Nährboden für rechte Hetze immer weiter an. Wir wissen aber auch: Islamismus bekämpft man nicht mit Schaufensterpolitik und Abschiebe-Feintuning, sondern mit Prävention: Die Zahl gewaltbereiter Islamist*innen in unserer Stadt steigt immer weiter – wir fordern Investitionen in die Präventionsarbeit und die Prüfung von Vereinsverboten.

Der Rechtsruck in unserer Gesellschaft ist spürbar und messbar – und immer öfter kommen auch hier in Hamburg von den demokratischen Parteien rechtspopulistische Ideen und rassistische Vorstöße. Wir sind die einzige Hamburger Partei, die hier konsequent gegen hält – wir sind die letzte verbleibende Stimme für Toleranz und Vielfalt und eine gelingende Integration der Menschen, die zu uns kommen. Antifaschismus ist in unserer DNA – wir stehen für Antifaschismus auch dann noch ein, wenn die anderen Parteien sich schon wegduckten und das AfD-Programm in konkrete Politik umsetzen. So bitter das ist: Auch hier haben wir in Hamburg allmählich ein Alleinstellungsmerkmal!

Hamburg ist eine sozial zutiefst gespaltene Stadt – und Hamburgs Senat tut alles, damit das auch so bleibt. Hier müssen wir noch lauter unseren Gegenentwurf vorstellen. Längst werden Bürgergeld-Empfänger*innen wieder die Dau-



Die beiden Co-Vorsitzenden der Linksfraktion, Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir, sowie Ivy May Müller, die von der Bürgerschaftsfraktion der GRÜNEN am 30. September als parteilose Abgeordnete in die Linksfraktion übergewechselt ist (Foto: www.linksfraktion-hamburg.de/herzlich-willkommen-ivy-may-mueller)

menschrauben angezogen. Wir stehen für eine bedingungslose Grundsicherung, wir stehen aber auch für bezahlbare Mieten – und das geht nicht ohne massive Eingriffe in den Markt. Die Krankenhäuser wollen wir nicht nur zurückholen in kommunale Hand, wir fordern auch eine Verbesserung der oft dramatischen Personallage. Und wir stehen für einen umfassenden Ausbau des ÖPNV – und zwar vor allem auch da, wo bis heute selbst die Busfahrpläne schon prekär sind und die Menschen sich völlig zu Recht abgehängt fühlen.

In unserer sagenhaft reichen Stadt nimmt die Zahl armer Menschen immer weiter zu. Das ist ein unerträgliches Paradox, es hat aber auch Folgen für die Bildung: Wer in ärmeren Stadtteilen wohnt, macht viel seltener Abitur und erlebt viel öfter, dass die Schulen vor Ort mit immer neuen Aufgaben überlastet werden. Wir haben mit einer Vielzahl von Anträgen gegengehalten, haben aber auch mit unseren Anfragen die dramatischen Missstände im Kinder- und Jugendnotdienst und in den Jugendämtern aufgedeckt und unsere

Kernkompetenz als Fraktion in den Mittelpunkt gestellt: das Soziale – ob es um die unerträglich hohe Zahl von Obdachlosen geht, die jeden Winter auf unseren Straßen sterben, um die Verdrängung von alkohol- und suchtkranken Menschen rund um den Hauptbahnhof oder die drohende Schließung von Sozialkaufhäusern, die dank unserer Arbeit zumindest zum Teil gerettet werden konnten. Gerade auch bei den Themen Soziales und Bildung haben wir eigene Akzente gesetzt und werden als handlungsstark wahrgenommen.

Immer wieder macht der Senat mit Skandalen und schrägen Deals auf sich aufmerksam – und wir haben das in die Bürgerschaft und in die Öffentlichkeit getragen. Das gilt für das Elbtower-Desaster genau wie beim PUA Cum Ex, wo wir einen viel beachteten eigenen Zwischenbericht veröffentlicht haben und aufgrund unserer Erkenntnisse sehr öffentlich den Rücktritt von Bürgermeister Tschentscher fordern konnten. Die SPD, ihre Investoren und ihre Großprojekte – ein Dauerdrama in unserer Stadt, das wir immer wieder ins Rampenlicht bekommen haben. Auch gegen den Abriss der Sternbrücke haben wir vor Ort mit den Aktivist*innen demonstriert und einen Baustopp in der Bürgerschaft gefordert.

Wir waren dicht dran bei Arbeitskämpfen – das gilt für Hagenbeck, für die Auseinandersetzungen bei MOIA und bei der Hochbahn, vor allem aber auch im Hafen: Die Linksfraktion hat immer wieder öffentlichen Druck gemacht, wir waren mit den Hafentarbeiter*innen auf der Straße und wir haben sie im Rathaus bei den Bürgerschaftssitzungen zu Gast, wir haben Betriebsrät*innen und Hafenexperten bei Veranstaltungen an einen Tisch bekommen und waren in regionalen und überregionalen Medien präsent mit unseren Argumenten gegen einen Ausverkauf der HHLA an MSC, haben diesen Streit damit auch in die Reihen von Rot-Grün getragen. Und auch beim Thema Union Busting waren wir erfolgreich: Der Justizausschuss hat auf unseren Antrag einstimmig beschlossen, im Bund dafür Druck zu machen, die Behinderung der betrieblichen Mitbestimmung künftig von Amts wegen zu verfolgen.

Und wir haben unsere Arbeit sehr erfolgreich präsentiert: Unsere Konferenz »Sexismus tötet« im Rathaus musste wegen Überfüllung geschlossen werden, unsere Winterkinderfeste rund um die KiJu-Karte erreichten Hunderte von Kin-

dern und ihre Eltern, beim »Bildungsgipfel« im Rathaus haben wir mit mehr als 100 Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen über die Einrichtung eines Bildungsrates beraten, auf unserem Klimakongress diskutierten viele Expert*innen notwendige Maßnahmen für Klimaschutz und unsere Veranstaltungsreihe »Ganz Ohr« hat unsere Abgeordneten unübersehbar überall in Hamburgs Bezirken auf den Straßen präsentiert.

Wir müssen immer wieder zeigen: Es gibt politische Alternativen! Man kann diese Stadt besser regieren, man kann auch den vielen Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, all den Rentner*innen und Senior*innen mehr Sicherheit und ein menschenwürdiges Leben garantieren. Und es ist unser Job als Linksfraktion, Tag für Tag diese Alternativen zu präsentieren – in der Bürgerschaft, in den Medien und auf der Straße.

Auf uns könnt Ihr zählen, Eure Abgeordneten!

Sabine Boeddinghaus, Co-Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Schule, Bildung, Jugend und Familie

Cansu Özdemir, Co-Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Frauen, Inklusion und Justizpolitik

Heike Sudmann, stellv. Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin, Fachsprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs-, Verkehrs- und Sportpolitik

David Stoop, stellv. Fraktionsvorsitzender, Fachsprecher für Gewerkschaftspolitik und öffentlicher Dienst, Europa und Haushalt

Deniz Celik, Vize-Präsident, Fachsprecher für Gesundheits- und Innenpolitik

Dr. Carola Ensslen, Fachsprecherin für Flucht und Migration und Integration, freiwilliges Engagement, Queer und Verfassungspolitik

Olga Fritzsche, Fachsprecherin für Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Norbert Hackbusch, Fachsprecher für Wirtschaft, Hafen, Kultur, Medien und öffentliche Unternehmen

Stephan Jersch, Fachsprecher für Landwirtschaft, Tierschutz, Bezirkspolitik, Tourismus und Umwelt

Insa Tietjen, Fachsprecherin für Kinder und Kindertagesstätten, Ausbildung, Religion und Wissenschaftspolitik

Ivy May Müller, seit dem 30.9. Abgeordnete der Linksfraktion

Schlaglichter aus den Fachbereichen:

Haushaltspolitik

Hamburg ist die Stadt mit der höchsten Dichte an Millionär*innen und Milliardär*innen in Deutschland. Eine ungerechte Steuerpolitik sorgt dafür, dass sich immer mehr Reichtum bei den Superreichen konzentriert. Wir setzen uns ein für mehr Steuergerechtigkeit: Für eine angemessene Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften sowie eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen. Bei der Grundsteuer haben wir uns dafür eingesetzt, dass Spekulation mit Grund und Boden mit einer Sondersteuer (Grundsteuer C) belegt wird. Wir setzen uns für einen hand-

lungsfähigen Staat ein, der notwendige Investitionen tätigt und sich nicht mit einer selbstaufgelegten Investitionsbremse in seiner Handlungsfähigkeit beschränkt. Die sogenannte »Schuldenbremse« im Bund gehört abgeschafft.

Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik

Zu viel teure neugebaute Wohnungen, zu hohe Mieten – das ist die Kurzfassung des Hamburger Wohnungsmarkts. Unverdrossen streiten wir für einen Mietendeckel, für einen Mietenstopp bei den 140.000 SAGA-Wohnungen, für ein Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, für ein Verbot von Indexmieten und für den Wegfall der Möblierung von Wohnungen als Grund für extrem übersteigerte Mieten.



Frauenpower oder Die komplette Linksfraktion (Foto: www.linksfraktion-hamburg.de/wer-wir-sind)

Nicht die Vermieter*innen, sondern die Mieter*innen brauchen mehr gesetzlichen Schutz. Dazu zählt auch die kostenlose Mieter*innenberatung in allen Bezirken.

Im Wohnungsneubau sollen mindestens 5.000 Wohnungen jährlich öffentlich gefördert werden mit Mietpreis- und Sozialbindung.

Elbtower, Holstenareal und Esso-Häuser und auch die Schiller-Oper zeigen einmal mehr, wie wichtig es ist, die Stadtentwicklung nicht nach dem Gusto der Investor*innen zu betreiben.

Verkehrspolitik

Die für den Klimaschutz so nötige Verkehrswende kommt nicht richtig voran. Der Senat setzt bei der CO₂-Reduzierung im Verkehr fast ausschließlich auf das Elektroauto, was schon schlimm genug ist. Doch mit 6% neu zugelassener Elektro-Pkw ist der Senat weit entfernt von seinem selbst gesteckten Ziel von 20% bei den Neuzulassungen. Wir setzen auf Investitionen, die eine echte Verkehrswende schnell voranbringen: kurzfristig Pop-up-Busspuren für mehr Busse, mittelfristig ein immer weiter ausbaufähiges Straßenbahnnetz. Damit der Klimaschutz nicht bis in die 2040er-Jahre mit der Fertigstellung der U5 und der S6 warten muss. Und natürlich auch mehr und sichere Radstreifen und Gehwege.

Das Grundbedürfnis Mobilität muss endlich für alle erfüllbar sein: Wir treten unverändert ein für ein kostenfreies Sozialticket und mittelfristig für einen ticketlosen hvv für alle.

Umwelt-, Energie- und Klimapolitik

Prägend waren in diesem Bereich vor allem die Debatten rund um die Novellierung des neuen Klimaschutzgesetzes und der Fortschreibung des neuen Klimaplan Ende des vergangenen Jahres. Hier haben wir mit massiver Kritik aufgrund der nachgewiesenen Nicht-Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles sowie der sozialen Unausgewogenheit unseren Stempel aufgesetzt. Darüber hinaus haben wir im September einen erfolgreichen Klimakongress durchführen können, bei dem verschiedene Akteure für die Veranstaltung gewonnen werden konnten. Viele Anfragen und Debatten der vergangenen Monate haben die unzulängliche Politik der Hamburger Regierungskoalition deutlich gemacht (z.B. Greenwashing in Sachen Landstromnutzung, die völlig realitätsferne »grüne« Wasserstoffpolitik oder die Klimaanpassung, welche in Hamburg noch in den Kinderschuhen steckt).

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Jahre 2025 und 2026 haben wir mit einem Reparaturbonus, einem Entsiegelungscent (mehr Geld für die Grünpflege der Bezirke) sowie der Steigerung von Zuschüssen für die Bäderland GmbH, um Sozialtarife einzuführen, Akzente gesetzt. Für die nachfolgende Wahlperiode gilt es diese Arbeit fortzuführen und weiterhin die Klima- und Umweltthemen mit den anderen Themenbereichen zu verknüpfen. In diesen schwierigen Zeiten mit vielen Umbrüchen im Klima-, Umwelt- und Energiebereich muss den Menschen in Hamburg wieder Sicherheit garantiert werden, sodass Zukunfts- und Existenzängste gar nicht erst aufkommen.

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Zur letzten Bürgerschaftswahl ist die SPD damit angetreten, »die ganze Stadt im Blick« zu haben. Mehr als vier Jahre später müssen wir feststellen, dass SPD und Grüne im Blindflug unterwegs sind und alles andere als die ganze Stadt im Blick haben. Im Gegenteil: Wir verzeichnen immer neue Rekordwerte beim Armutsrisiko. Etwa 40 Prozent aller Alleinerziehenden, Migrant*innen und kinderreichen Familien sowie jedes vierte Kind und jede*r fünfte Rentner*in lebt in Hamburg in Armut. Und trotzdem wird in den Stadtteilen die soziale Infrastruktur kaputtgespart, so dass Einrichtungen teilweise unbenutzbar und eine Komplettsanierung dringend notwendig wäre. Es existiert nicht mal ein Konzept für die Errichtung sozialer Infrastruktur bei der Entwicklung neuer Stadtteile und Quartiere. Hinzukommt, dass die Erreichbarkeit von Ämtern und Jobcentern massiv eingeschränkt wurde. Statt persönlicher Beratung, werden Betroffene an anonyme Hotlines weitergeleitet. Statt Servicemitarbeitenden gibt es Sicherheitsdienste und es fehlt an einfachen Möglichkeiten zu scannen, kopieren oder eine Bescheinigung zu erhalten. Immer noch gilt die Digitalisierung als Allheilmittel für Verwaltungshandeln und soll in allen Bereichen vorangetrieben werden. Vielen Leistungsberechtigten erleichtert dies aber nicht den Zugang, sondern erschwert ihn viel mehr, zum Beispiel aufgrund von fehlenden digitalen Endgeräten.

Als einzige Fraktion in der Bürgerschaft haben wir das Thema Armut und gesellschaftliche Teilhabe immer wieder auf die Agenda gesetzt und entsprechende parlamentarische Initiativen eingebracht. Beispielhaft seien an dieser Stelle unsere Anträge für eine Anti-Armutsstrategie, zum Ausbau der sozialen Infrastruktur, zum Ämterzugang, zum Stopp von Sanktionen und zur Wohnkostenlücke beim Bürgergeld genannt.

Auch beim Thema Obdachlosigkeit setzt der Senat auf Verbots- und Ordnungspolitik, statt auf Sozialpolitik. So ist die Liste an repressiven Maßnahmen gegenüber obdachlosen Menschen und Drogengebraucher*innen rund um den Hauptbahnhof mittlerweile sehr lang. Diese Maßnahmen dienen einzig und allein dazu, diese Menschen zu gängeln und zu vertreiben. Als Linksfraktion haben wir deshalb das gemacht, was wir eigentlich vom Senat erwartet hätten, nämlich Vertreter*innen der Obdach- und Wohnungslosenhilfe und der niedrigschwelligen Drogen- und Suchthilfe einzuladen und mit ihnen unsere sozialpolitischen Ideen zu diskutieren. Denn sie sind die Expert*innen, die die Situation, ihr Klientel und die aktuellen Bedarfe am besten kennen. Das im Anschluss daran veröffentlichte Positionspapier mit den Maßnahmen für die wir uns auch zukünftig einsetzen werden, findet sich [hier](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/06/Positionspapier-HBF-Linksfraktion.pdf): www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/06/Positionspapier-HBF-Linksfraktion.pdf.

Esso-Häuser/Paloma-Viertel: PlanBude schmeißt hin – welch Verlust!

Von Heike Sudmann

Das einmalige, bundesweit beachtete Bürger*innenbeteiligungsprojekt »PlanBude« für das Gelände der ehemaligen Esso-Häuser hat nach jahrelangem Hinhalten durch die »Bayrische Hausbau« und auch durch die Stadt am 2. Oktober seine Arbeit eingestellt. Damit bleiben nicht nur die mit viel Einsatz erarbeiteten und ausgehandelten Forderungen für die Bebauung und Nutzung der Brachfläche auf der Strecke, sondern auch die ehemaligen Mieter*innen der Esso-Häuser und die dortigen Gewerbetreibenden.

Die Vorgeschichte

Der langjährige Kampf um den Erhalt der Esso-Häuser auf St. Pauli wurde im Dezember 2013 schlagartig beendet, als die Mieter*innen der rund 100 Wohnungen und die vorhandenen Clubs, Gastro- und Gewerbebetriebe wegen plötzlicher Einsturzgefahr die Gebäude räumen mussten. Wenige Monate später begann der Abriss, da das Bezirksamt die Häuser für unbewohnbar erklärte. Preisgünstiger Wohn- und Gewerberaum war vernichtet, Tür und Tor für Grundstückspekulation der Eigentümerin Bayerische Hausbau weit geöffnet.

Mit zig Demos (mit mehreren tausend Teilnehmenden) und Aktionen versuchte der Stadtteil mit viel Unterstützung aus der ganzen Stadt, den Bau teurer Luxus- und Eigentumswohnungen und das Voranschreiten der Eventisierung des Kiezes zu verhindern. Eine echte Beteiligung des Stadtteils wurde eingefordert. Mit Erfolg, denn im 2014 beauftragte das Bezirksamt Hamburg-Mitte die »PlanBude« mit einem



Protest gegen zehnjähriges Verschleppen – Auftritt des Megafonchores am 4. Oktober vor dem Bauzaun (Foto: Heike Sudmann)



Schatten über den Neubau-Plänen
(Foto: <https://planbude.de/senat-macht-nord-sued-passage-gangbar>)



Und so sieht es heute auch nach fast zehn Jahren immer noch aus
(Foto: Michael Joho)

Beteiligungsverfahren. Die PlanBude-Macher*innen kamen überwiegend aus dem Stadtteil und brachten ihr Wissen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Musik, Kultur, Architektur, Sozialarbeit und noch mehr mit.

Als unabhängige Gruppe aus und für den Stadtteil hat die Planbude auf den unterschiedlichsten Wegen die St. Paulianer*innen aller Alters- und Herkunftsgruppen erreicht. Mit Knet- und Legomodellen in ihrer gläsernen Werkstatt.

Mit Workshops in Kneipen, Kaschemmen, Clubs, Senior*innentreffs und vielem mehr (Informationen finden sich auf der [Homepage](#)). Das Wissen der Straße und der Erfindungsreichtum des Alltags wurden sozusagen eingefangen. 2.300 Beiträge waren es am Ende. Mir ist kein Beteiligungsverfahren in Deutschland bekannt, dass so intensiv »normale« Menschen über Kunst, Kultur, Architektur und sozialer Stadtteilarbeit eingebunden hat. Das Engagement aller Beteiligten hat eine unglaubliche Kreativität entwickelt.

In langen und zähen Verhandlungen zwischen dem Bezirksamt, der PlanBude und der Bayerischen Hausbau wurde 2018 ein städtebaulicher Vertrag ausgehandelt, der 60 Prozent Sozialwohnungen mit langer Bindungsfrist, Rückkehrrecht der früheren Wohnungsmieter*innen zu den alten Mietkonditionen enthält, u.a. ein »Nachbarschaftscluster« mit von der Bayerischen Hausbau runtersubventionierten günstigen Mieten für den Musikclub Molotow, für das Rockhotel Kogge, für Proberäume für Musiker*innen und kostenlose Stadtteilangebote. Die dichte Bebauung zugunsten der Eigentümerin konnte dadurch nicht verhindert, aber das Optimum für den Stadtteil herausgeholt werden.

PlanBude schmeißt hin

Trotz des schon lange ausgehandelten städtebaulichen Vertrages und dem vorhandenen Baurecht lässt die Stadt sich seitdem auf der Nase herum tanzen. Das Gelände liegt seit fast zehn Jahren brach, die vereinbarten, auf Jahrzehnte günstigen Wohnungen und die St. Pauli-spezifischen Clubs sowie die Gemeinnützigkeit werden den Gewinninteressen

der Bayerischen Hausbau geopfert. Der Senat hat sich ganz klein gemacht statt Druck auf die Investorin auszuüben. Wie wenig Bürgermeister und Stadtentwicklungssenatorin sich für den Stadtteil und die Bürger*innen interessieren, zeigt sich auch daran, dass sie jetzt Investor*innensprech übernehmen: die vielen Bürger*innenwünsche seien schuld am Scheitern. Peinlicher geht es nicht. Und dabei vergessen sie, dass es einen gemeinsamen Vertrag gibt, der in den zähen Verhandlungen zwischen Stadt, Planbude und Investor zustande gekommen ist. Dass die PlanBude unter diesen Umständen aussteigt, ist mehr als nachvollziehbar. Den Macher*innen der PlanBude und den vielen Mitstreiter*innen und Beteiligten gilt unsere Hochachtung und Dank für die tolle und engagierte Arbeit für den Stadtteil.



Christoph Schäfer, einer der maßgeblichen Initiator*innen, bei einer Aktion am 29. September 2023
(Foto: Michael Joho)

Senat muss im Sinne des Stadtteils handeln

Die Planbude hat gezeigt, dass die Einbindung der Menschen vor Ort nicht nur möglich, sondern auch gewinnbringend ist. Gewinnbringend für den Stadtteil, für günstigen Wohnraum und für die soziale Infrastruktur. Wenn am Ende jetzt aber das Gewinnstreben der Investorin Bayerische Hausbau siegen sollte, ist das ein Tiefschlag für St. Pauli.

Die Bayerische Hausbau will ihr Grundstück verkaufen. Laut städtebaulichem Vertrag muss sie ihre Verpflichtungen an Käufer*innen weitergeben und braucht auch die Zustimmung der Stadt. Wenn der Senat es nur will, kann er also dafür sorgen, dass die Ergebnisse des einmaligen Beteiligungsverfahrens noch Realität werden und nicht die kapitalistischen Verwertungsinteressen am Ende obsiegen.

Woher kommt der Maulkorb des »Schulfriedens«?

Und worin müsste ein »Schulfrieden« bestehen?

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Als 2008 die CDU zusammen mit den Grünen (damals noch GAL genannt) die Regierung antraten, vereinbarten sie im Koalitionsvertrag eine Schulreform, in der neben dem Gymnasium mit dem Abitur nach zwölf Jahren (G8) die Stadtteilschule als neue Schulform eingeführt werden sollte, die in dreizehn Jahren zum Abitur führt (G9) und auch den Ersten und Mittleren Schulabschluss anbietet. Die Haupt- und Realschulen und die Aufbaugymnasien wurden abgeschafft. Ebenfalls sollte die Grundschule von vier auf sechs Jahre verlängert, eine Primarschule für alle Schüler*innen werden. Diese schulgesetzlichen Änderungen wurden im März 2010 in der Bürgerschaft verabschiedet. Die Linke stimmte angesichts einer Verringerung der Mehrgliedrigkeit unterschiedlicher Schulformen diesem Schritt zu.¹ Im gleichen Atemzug vereinbarten CDU und GAL mit der SPD einen »Schulfrieden«, der besagte, in den kommenden zehn Jahren die Schulstruktur nicht anzutasten.² Diesem Maulkorb zur Unterbindung notwendiger bildungspolitischer Diskussionen stimmte Die Linke nicht zu. Immer noch halten wir an dem Ziel einer Schule für alle fest. Zwei ist eben nicht eins.

Doch die Schulreform sah sich konfrontiert mit einer finanziell und medial überaus potenten Volksinitiative. Die Initiative »Wir wollen Lernen« unter der Führung des Rechtsanwalts, Walter Scheuerl,³ schaffte es mit Unterstützung der Hamburger Eliten,⁴ knapp 280.000 Stimmen gegen längeres gemeinsames Lernen zu mobilisieren. Schlichtungsversuche zwischen Senat und der Initiative scheiterten im Februar 2010. Zwischenzeitlich wurden das Gesetz und der »Schulfrieden« verabschiedet. Der für den Sommer terminierte Volksentscheid für das Volksbegehren von »Wir wollen lernen« wandte sich gegen die Einführung der Primarschule und forderte die Beibehaltung des Elternwillens. Damit war die Initiative erfolgreich und die Hamburger Bourgeoisie konnte die Lage einer verängstigten Mittelschicht unter ökonomischem Druck für ihre Zwecke – homogene(re) Lerngruppen ohne Arbeiter- und Ausländerkinder – nutzen.⁵

¹ Siehe Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 19. Wahlperiode - 49. Sitzung am 3. März 2010.

² Die SPD-Pressmeldung über die Schulfrieden.

³ Walter Scheuerl zog übrigens 2011 in die Bürgerschaft ein. Zuerst für die CDU, dann bis zu seinem Ausscheiden 2015 als parteiloser Abgeordneter. Weiterhin hat er sich einen schlechten Namen gemacht, als er kritische Berichte über die Arbeitsbedingungen in pakistanischen Fabriken des Kleidungsproduzenten KiK unterbinden wollte.

⁴ Dieser Beitrag des NDR über die Initiative »Wir wollen Lernen« ist ein wirklich gelungenes Stück aufklärenden Journalismus. Besonders sehenswert ist er auch, weil der Michael Hartmann, em. Professor für Eliten- und Organisationssoziologie der TU Darmstadt, deutliche Worte findet für die Stellung und das Denken der gesellschaftlichen Elite. Siehe auch: Michael Hartmann, Klassenkampf von oben. Die gezielte soziale Desintegration, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände Bd. 9, Frankfurt/M. 2010, S. 267-277.

⁵ Meinhard Meuche-Mäker, Sieg des Elternwillens. Zur gescheiterten Schulreform in Hamburg, Zeitschrift Luxemburg 1/2011, S. 148-153.



Glückliche Schulfrieden? (Foto: pixabay)

Letztlich bedeutete der mit der Schulreform 2010 verabschiedete »Schulfrieden«, dass die Schulstruktur in der politischen Auseinandersetzung keine Rolle mehr spielen sollte. Olaf Scholz sprach damals davon, dass auch dank der Zugeständnisse von Schwarz-Grün an die SPD die »zum Teil auch sehr ideologisch motivierten« Debatten ein Ende gefunden hätten.⁶

Die beiden weiterführenden Schulformen Gymnasium und Stadtteilschule sind mittlerweile etabliert, mehr und mehr Bundesländer sind seitdem nachgezogen und haben die weiterführende Schule in zwei Glieder unterteilt, Gymnasium auf der einen und eine Schule mit dem Angebot aller Schulabschlüsse auf der anderen Seite. Die Zweigliedrigkeit gilt als eine Reduktion der Bildungsungerechtigkeit im kaiserlichen mehrgliedrigen Schulsystem und zum Teil gar als Zwischenschritt für »Eine Schule für alle«. Alle von uns für Hamburg erhobenen Zahlen, Daten und Fakten der letzten Jahre sprechen jedoch dagegen. Das Zwei-Säulen-Modell bildet die Spaltung der (Schul-)Gesellschaft in Oben und Unten deutlich ab.

2020 sollte der »Schulfrieden« auslaufen. Die mittlerweile mit den Grünen regierende SPD fürchtete, dass Bildungspolitik zum Wahlkampfthema werden und sie Stimmen kosten könnte. Daher suchten die Regierungsparteien mit FDP und CDU einen neuen »Schulfrieden« zu schließen, was Ende 2019 auch gelang.⁷

Darin wurden eine ganze Reihe von Maßnahmen vereinbart, die alle Beteiligten zufriedenstellen sollten. So wurde die Gehaltsstufe A13 für Grundschullehrkräfte eingeführt, Schulen sollten zur Entlastung der Leitungen Verwaltungsfachkräfte einstellen können, die Sozialindizes sollten aktualisiert werden. Ebenso sollten die Klassen am Gymnasium verkleinert, das Sitzenbleiben auf Elternwunsch wieder eingeführt und die Gewichtung der Präsentationsleistung in der Abiturnote von 50% auf 30% gesenkt werden. Ebenso wurde hier

⁶ www.spd-hamburg.de/fileadmin-hamburg/user_upload/201004-data.pdf.

⁷ Siehe Drucksache 21/18362, Rahmenvereinbarung zur Sicherung des Schulstrukturfriedens.



eine Überarbeitung der Bildungspläne und eine Stärkung der Inhalte vor den Kompetenzen verabredet. Besonders letzteres sorgte für einen breiten Protest und Kritik innerhalb der Schullandschaft, weil es eine deutliche Verengung des schulischen Unterrichts auf inhaltliche Vorgaben bedeutete, bei der die Interessen der Schüler*innen, die pädagogisch-qualitative Seite des Unterrichts und die Kompetenzentwicklung zu kurz kommen.

Dieser zweite »Schulfrieden«, fortan »Schulstrukturfrieden« genannt, gilt eine Legislatur lang und läuft also zur Bürgerschaftswahl aus. Derzeit ist es noch nicht klar, ob sich die SPD bzw. die Schulsenatorin Bekeris durchsetzen und einen weiteren »Schulfrieden« aushandeln kann,⁸ auch wenn sich die Grünen schon dafür ausgesprochen haben.⁹ Jüngst hatte die Initiative für die Einführung eines zusätzlichen Lernjahres am Gymnasium für ein wenig Wirbel in der schulpolitischen Debatte gesorgt, aber Kernthemen leider nur geschrammt.¹⁰

Doch was sich in fünfzehn Jahren Schulfrieden herausgestellt hat: an und zwischen den Schulen herrscht bei weitem kein Frieden. Systematisch sind die Schulen in Konkurrenz gesetzt, um Anmeldungen von Schüler*innen, um die Gewinnung von Lehrkräften, um das Ranking bei Vergleichstestungen, bei dem Bildungsangebot, mit dem sie für sich werben. Das gilt für jede Schule, besonders aber bei den weiterführenden gleich welcher Schulform. Dann besteht eine deutliche Konkurrenz zwischen Gymnasien und Stadtteilschulen um leistungsstarke Schüler*innen – gemeinsames Lernen lebt aber von der Vielfalt innerhalb der Klassen und Schulgemeinschaften. Die Segregation zwischen Stadtteilschule und Gymnasium ist allzu deutlich, auch wenn es wenige Gymnasien mit dem niedrigen Sozialindex 2 gibt und wenige Stadtteilschulen mit dem hohen Sozialindex 5. Integration, Inklusion und alle damit verbundenen sozialen Aufgaben werden primär in den Stadtteilschulen geleistet. Dass sich eine Elterninitiative für das Gymnasiastenwohl gebildet hat und auch Gymnasialschulleitungen ihre Lage beklagen, zeigt, dass auch an den Gymnasien der Druck enorm gewachsen ist.

⁸ <https://taz.de/Vorwahlkampf-in-Hamburg/!5967024/>.

⁹ www.mopo.de/hamburg/politik/wahlkampfansage-das-wollen-die-gruenen-in-hamburg-aendern/.

¹⁰ Siehe den Artikel im letzten Bürger*innenbrief zu Volksinitiative G9.

Die Aufgabenfülle ist dennoch ungleich verteilt und innerhalb beider weiterführenden Schulformen wie auch der Grundschule tagesrelevant. Besonders nach der Coronakrise sind die Belastungen der Schüler*innen in den Schulen und durch die Organisation des Schulwesens deutlich zutage getreten. Desintegrationstendenzen und Erkrankungen, seelischer und psychosomatischer Natur nehmen zu, generell hat sich die Zukunftsaussicht der jungen Menschen eingetrübt.

Ein echter »Schulfrieden« müsste die Lage und die Interessen der jungen Menschen, die qua bestehender Schulpflicht viele Jahre ihres jungen Lebens in der Schule verbringen müssen, zum Ausgangspunkt jeden pädagogischen Handelns machen. Das Schulwesen muss ihre Lernfreude und die Begleitung und Förderung ihrer jeweiligen Lernwege zum Ziel haben. Das erfordert einen kulturellen und pädagogischen Wandel von der Institution Schule und den Lehrkräften. Eine solche Befriedung der schulischen Verhältnisse hätte drastische Folgen auf den inneren und äußeren Aufbau der Schulen und der Abläufe des Schultages. Äußerst relevant wäre es, die schulgesetzlich verankerten Möglichkeiten der Mitbestimmung der Schüler*innen – die durch die UN-Kinderrechtskonvention untermauert ist – auszuweiten. Ebenso muss die schulische Kooperation für ein gemeinsames Bildungsangebot gestärkt werden. Instrumente dafür sind schon jetzt im Schulgesetz enthalten, die Regionalen Bildungskonferenzen. Die Schüler*innen müssen vom Prüfungs- und Notensstress entlastet werden. Dass schon jetzt am Gymnasium die Prüfungen zum ESA und MSA ausgesetzt werden sollen, zeigt, dass es beim entsprechenden politischen Willen möglich ist, überflüssigen Druck zu reduzieren.



Schüler*innen müssen sich an ihren Schulen wohl und willkommen fühlen. Die Bindungskraft der Schulen und die Kompetenzen der Lehrkräfte, Bindung herzustellen, müssen deutlich gesteigert werden. Denn allein über Bindung und Beziehung gelingt Bildung. Teil der Bindung ist die Verantwortungsübernahme aller Schulen für ihre Schüler*innen und der unbedingte und ausnahmslose Verzicht aller Selektion der Schüler*innenschaft, weder unter Vorwänden, Inklusion nicht leisten zu können, noch mit der Behauptung, jemandem würden in der 6. Klasse die Fähigkeiten zum Abitur fehlen (und müsse daher das Gymnasium verlassen).

Zu einem wirklichen »Schulfrieden« gehörte es auch, die Elternhäuser von der Angst zu entlasten, ihre Kinder würden in der Schule scheitern. Auch hier muss noch deutlicher ein Kulturwandel vorangetrieben werden: die Kinder scheitern nicht in der Schule, die Schule lässt die Kinder scheitern, weil sie nicht befähigt ist, Menschen zu bilden, sondern Fächerinhalte zur Prüfungsabfrage erlernen lässt.

Der grobe Pinselstrich der schulischen Wirklichkeit mag ungerecht aufgenommen werden. Und sicherlich geben Lehrkräfte mehrheitlich an allen Schulformen täglich ihr Bestes, um die ihnen anvertrauten jungen Menschen bestmöglich zu fördern und unterstützen. Doch ihrem individuellen und auch dem schulinternen Bemühen sind durch den herrschenden Schulstrukturfrieden enge Grenzen gesetzt. Daher braucht es zwingend eine bildungspolitische Debatte, die der bestehende Schulfrieden aber unterbindet.

Die Eckpunkte für besseres, gelingendes Lernen liegen übrigens auf der Hand: Lernfreude, eine längere gemein-

same Lernzeit, keine Segregation und die Förderung spielerisch-kreativer Phantasie. Und vor allem die gemeinsame Verpflichtung, niemanden aufzugeben bzw. sie/ihn nach ihrer/seiner Herkunft zu beurteilen und zu bewerten. Auch in Hamburg haben sich bereits Schulen auf diesen Weg gemacht, das zeigen einzelne Schulpreisschulen. Doch ihre Konzepte bleiben vereinzelt und finden keine Umsetzung in der Fläche. Für die jungen Menschen muss sich das dringend ändern, wenn möglich auch zügig. Geld kann dabei kein Argument sein, da es in der Bundesrepublik, zumal in der reichen Stadt Hamburg, zuhauf vorhanden ist. Die politischen Entscheidungen müssten nur entsprechend fallen: gegen die steuerliche Bevorteilung von Großunternehmen und Superreichen, gegen die ungehinderte Aufrüstung und Militarisierung – für das Gemeinwohl und für die Bildung.

Doch alles nicht so schlimm?

Von Michael Joho

Am 30. September überraschte das Statistikamt Nord mit seiner Mitteilung, dass »zwei Drittel der Mietwohnungen bei unter 10 Euro pro Quadratmeter« lägen. Ein gefundenes Fressen für die Anhänger*innen der Wohnungspolitik des Senats? Nun ja, die angeblich für zwei Drittel der hamburgischen Bevölkerung – also für rund 1,2 Millionen Bürger*innen – zutreffende Aussage lässt immer noch die Situation für gut 600.000 offen. Und sie kontrastiert merkwürdig mit den vielen anderen Erhebungen und jüngsten Hiobsbotschaften zur Mieten- und Wohnungspolitik in unserer Stadt. Nehmen wir beispielsweise die aktuelle Angabe des renommierten Bundesinstituts Statista, wonach im II. Quartal 2024 in Hamburg eine Angebotsmiete von durchschnittlich 13,36 Euro je Quadratmeter ausgeschrieben wird – was doch um einige Euros höher liegt als das mittlere Level des Mietenspiegels, das 9,83 Euro/qm beträgt. Die Ohmoor-Schüler*innen waren im Frühjahr 2024 nach der Auswertung von 4.200 Wohnungsannoncen im Februar/März sogar auf einen Durchschnittspreis von 14,58 Euro/qm nettokalt gekommen). Aus dem Kontrast der Angaben ergibt sich vor allem die – weit verbreitete – Erkenntnis, dass in Zeiten der Wohnungsnot tunlichst vermieden werden sollte.

Aber schauen wir uns exemplarisch noch zwei, drei andere Meldungen an. Einer am 1. Oktober eingetroffenen Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage von Anke Frieling (CDU) entnehmen wir, dass statt des von der SAGA projektierten Baus von 2.000 geförderten Wohnungen pro Jahr in 2024 bestenfalls 410 fertiggestellt werden. Wie Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein (SPD) ihre laut verkündete Botschaft von Ende September – »Wir machen Wohnen wieder bezahlbar« (Hamburger Morgenpost, vom 26.9.2024) – realisieren will, das bleibt angesichts des noch stärkeren Rückgangs der Zahl und des Anteils der Sozialwohnungen ein absolutes Rätsel.

Da passt ein Bericht des »Hamburger Abendblatts« vom 20. September bestens ins Bild, wonach Studierende in Hamburg zu Beginn des anlaufenden Wintersemesters im Durchschnitt 620 Euro für das Wohnen aufwenden müssen. Es soll doch bitte Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank mal erklären, wie eine solche Miete bezahlt werden kann, angesichts eines Bafög-Höchstsatzes von gegenwärtig 992 Euro, wenn nicht bei den Eltern gewohnt wird. Dazu muss mensch wissen, dass zusätzliches Wohngeld nur im absoluten Ausnahmefall beantragt werden kann.



Tipps und Termine

Auch wenn es schon einige Monate her ist, aber gut zu wissen ist es, dass das **Europäische Parlament** im Februar 2024 eine **Verordnung über die Wiederherstellung der Natur** beschlossen hat. Danach sind alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) verpflichtet, auf die Wiederherstellung natürlicher Lebensräume hinzuwirken. So müssen bis 2030 in der EU beispielsweise drei Milliarden Bäume neu gepflanzt werden – für Hamburg eine arge Herausforderung, hat es in den letzten Jahren doch mehr Bäume gefällt als neu gepflanzt. Für die »Stadtplanung im Klimawandel«, so das »Handelsblatt« am 25. September, bedeutet das Gesetz u.a. dass es keinen Nettoverlust an der nationalen Gesamtfläche städtischer Grünflächen mehr geben darf. **Spätestens ab 2031 müssen die Grünflächen in den Städten wieder zunehmen.** Und auch beim Bauen muss neu gedacht werden. Klimaangepasste Neu- und Altbauplanungen sind angesagt. Sollten wir in Hamburg dauerhaft im Auge behalten!

Der Verein **Prellbock Altona e.V.** ist als Bürger*inneninitiative 2015 gegründet worden. Er ist heute mit seinen Sprechern Michael Jung und Andreas Müller-Goldenstedt einer der krekeligsten Umweltgruppen, die sich kritisch vor allem mit der **Verlagerung des Bahnhofs Altona zum Diebsteich** und überhaupt mit der **Deutschen Bahn** auseinandersetzen. Wer sich dazu schlau machen möchte, kommt um die Homepage <https://prellbock-altona.de/> nicht herum.



Prellbock-Presskonferenz am 7.11.2023, links Andreas Müller-Goldenstedt, 3. v. l. Michael Jung (Foto: Michael Joho)

Nicht nur einzelne **Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN** unterhalten eigene **Websites** oder verschicken in Abständen **Newsletter** so wie

- Cansu Özdemir (www.linksfraktion-hamburg.de/newsletter-von-cansu-oezdemir),
 - David Stoop (<https://david-stoop.de>),
 - Deniz Celik (<https://deniz-celik.de>),
 - Carola Ensslen (<https://www.carola-ensslen.de>),
 - Olga Fritzsche (<https://linksfraktion-hamburg.us1.list-manage.com/subscribe?u=e1f61c8711bae8521be3499be&id=1991d86dd8>),
 - Stephan Jersch (<https://stephan-jersch.de/politik>),
 - Insa Tietjen (<https://insa-tietjen.de/>) und
 - Heike Sudmann (<https://heikesudmann.net>),
- sondern auch die Bezirksverbände und -fraktionen der Hamburger LINKEN geben vereinzelt Newsletter oder gar Zeitungen heraus. Hier sei dieses Mal die frisch erschienene **»Linkskurve« der Eimsbütteler LINKEN** benannt. Neuigkeiten von ihnen und den drei Stadtteilgruppen Niendorf/Schnelsen/Eidelstedt, Harvestehude/Rotherbaum und Eimsbüttel Zentrum (Nord/Süd/Lokstedt/Stellingen/Hoheluft-West) gibt es hier: <https://www.die-linke-eimsbuettel.de/start/newsletter/>. Aber auch die Homepage insgesamt gibt Interessantes her, z.B. den Hinweis auf eine **kostenlose Familien- und Bürger*innenberatung**.

Am **Donnerstag, den 17. Oktober**, 18.00 Uhr, geht es im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostrücke 6) um den Komplex **Hitze, Hochwasser – Was muss passieren? Klimaanpassung – Klimaschutz – Bürger*innenbeteiligung**. Die Diskussion einleiten wird Prof. Jörg Knieling (stellvertretender Vorsitzender des Hamburger Klimabeirats), der zur Anpassung an die Folgen des

Die Linke
Bezirksverband Eimsbüttel

Kostenlose Familien- & Bürger*innenberatung

Wo? Abgeordnetenbüro Schopstr. 1
Wann? Jeden Freitag 16 bis 19 Uhr

Weniger Miete, mehr Leben!

Die Linke
Bezirksverband Eimsbüttel

Ihr habt 2 Kinder und im Monat weniger als 4.800 Euro?

Du wohnst allein und hast im Monat 1.200 Euro Rente?

Viele Menschen haben Anspruch aufs neue Wohngeld Plus. Prüf jetzt, ob du dabei bist. Wir helfen dir bei deinem Antrag.

Von der Eimsbütteler [Homepage](#)

Klimawandels in Hamburg spricht. Auf dem Podium anschließend: Reinhard Buff (Arbeitskreis Demokratie), Rixa Gohde-Ahrens (Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte), Maria Pinsker (Klimaanpassungsmanagerin im Bezirksamt Eimsbüttel) und Annika Rittmann (Fridays for Future). Moderiert wird das Ganze von der Autorin Jana Werner. Anmeldung unter <https://www.patriotische-gesellschaft.de/veranstaltungen/hitze-hochwasser-was-muss-passieren-klimaanpassung-klimaschutz-buergerbeteiligung>.

Einen höchst interessanten Gast kann David Stoop für die Hamburger Linksfraktion am **Mittwoch, den 23. Oktober**, um 18.00 Uhr, begrüßen: **Anne Brorhilker, die ehemalige Oberstaatsanwältin in Köln, die maßgeblich an der Aufklärung des Cum-Ex-Steuerraubs beteiligt war** und dabei tiefe Einblicke in die Verstrickungen des Hamburger Bankhauses Warburg gewann. Inzwischen arbeitet sie für den Verein Finanzwende e.V. – und wurde jüngst von Bank-Chef Christian Olearius angezeigt, nachdem kurz zuvor das Verfahren gegen ihn wegen besonders schweren Steuerbetrugs wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt wurde (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/cum-ex-skandal-banker-christian-olearius-zeigt-ex-staatsanwaeltin-anne-brorhilker-an-a-d3148e7f-6453-4651-8f98-d4972f9252cd). Der Bericht von Anne Brorhilker über die Cum-Ex-Machenschaften wird sicherlich auf riesiges Interesse stoßen, und so haben wir kurzerhand den Großen Festsaal im Rathaus mit seinen 540 Sitzplätzen für die Veranstaltung gebucht. Der Eintritt ist natürlich frei.



Kaschiert, gelogen, vergessen? (Plakatfoto: Michael Joho)

Zu der ehemaligen Oberstaatsanwältin sei noch angefügt, dass sie Ende September eine bundesweite **Unterschriftenaktion** gestartet hat, um gegen das so genannte **Bürokratie-Entlastungsgesetz** zu protestieren. Teil des Gesetzes soll sein, die **Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege und Rechnungen im Handels- und Steuerrecht von zehn auf acht Jahre zu verkürzen**.

»Es ist schon so oft schwer genug, an Beweismittel zu kommen«, schreibt Brorhilker. »Das neue Gesetz würde die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter fast unmöglich machen – denn genau diese Unterlagen sind häufig die Grundlage von Ermittlungen und Anklagen, auch und besonders bei Cum-Ex- und Cum-Cum-Delikten.« Die entsprechende Petition ist bereits von über 100.000 Menschen unterzeichnet worden. Wen's interessiert: www.finanzwende.de.



Die Patriotische Gesellschaft hat offenbar einen Powermonat vor sich. Um **Die Zukunft von Innen- und Speicherstadt im Klimawandel** geht es am **Montag, den 4. November, um 18.00 Uhr**. Diese im Haus der Patrioten an der Trostbrücke 6 stattfindende Veranstaltung bildet den Auftakt einer neuen Reihe. Sie trägt den Titel Stadt, Hafen, Fluss – Kann Hamburg die Herausforderungen von Innenstadtbelebung, Hochwasserschutz und Hafentwicklung meistern? Mehr Infos und Anmeldung [hier](#).

Um eine überzeugende **Strategie zur Stärkung von Demokratie, Klimaschutz und Zusammenhalt** geht es auf einer weiteren Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am **Dienstag, den 5. November**. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die kreativen Potenziale in den hamburgischen Stadtteilen für diese Zielsetzung besser genutzt werden können. Die Gruppe lokalkraft für ein zukunftsfähiges Hamburg hat dazu ein dreiseitiges [Thesenpapier](#) verfasst. Die **Podiumsdiskussion** an diesem 5. November ab 19.00 Uhr im Reimarus-Saal

(Trostbrücke 6) wird bestritten von Dr. Anke Frieling (CDU-Bürgerschaftsabgeordnete), Dominik Lorenzen (GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft), Alexander Mohrenberg (stellvertretender SPD-Vorsitzender) sowie Thomas Iwan (der Landesvorsitzende der Hamburger LINKEN). Zur **Anmeldung** geht es [hier](#).

In den letzten Jahren ist die Sportpolitik in der Hamburger LINKEN ein wenig ins Hintertreffen geraten, das soll sich jetzt ändern. Für **Freitag, den 8. November**, 17.00 Uhr, lädt Heike Sudmann, die sportpolitische Sprecherin der LINKEN in der Bürgerschaft, ins Fraktionsbüro in der Burchardstraße 21 (4. Stock) ein. An diesem Spätnachmittag soll es zunächst einmal um einen ersten **Austausch über anliegende Probleme und Möglichkeiten des Engagements im sportpolitischen Zusammenhang** gehen.

Und gleich noch eine wichtige Veranstaltung der Linksfraktion, angekündigt für **Freitag, den 8.11., 11.00 bis 13.00 Uhr** im Kaisersaal des Rathauses. An diesem Vormittag lädt unser Abgeordneter Deniz Celik ein zum **Seniorenpolitischen Empfang**. Der soziale Hintergrund liegt auf der Hand: Für viele Senior*innen reicht das Geld kaum bis zum Monatsende! Kein Wunder, denn die Rentenanpassungen liegen seit Jahren unter der Inflationsrate und immer mehr Menschen über 65 Jahre sind von Armut bedroht. Im Jahr 2023 waren das 19,9%, bei den Frauen sogar noch mehr. Mehr als 9% der Senior*innen müssen in Hamburg mit Grundsicherung über die Runden kommen. Das sind mehr als doppelt so viele wie vor 20 Jahren. Aber auch Menschen mit Durchschnittsrenten landen schnell in der Armutsfalle, sobald sie auf Pflege angewiesen sind. Im Pflegeheim beträgt der durchschnittliche Eigenanteil mittlerweile über 2.800 Euro. Da sind die Ersparnisse eines Lebens schnell verbraucht und so stieg auch die Zahl der Menschen, die »Hilfen zur Pflege« bekamen, seit dem letzten Jahr um 2%. Die Linksfraktion fordert daher eine nachhaltige Unterstützung von armutsbetroffenen Senior*innen, durch einen Ortszuschlag auf die Grundsicherung im Alter, eine Mindestrente von 1.500 Euro, ein 29-Euroticket für Senior*innen und ein Sozialticket auch bei Wohngeldbezug sowie den Ausbau und die Stärkung der Senior*innentreffs. Über all das und noch mehr wird am 8. November zu diskutieren sein. Gesprächspartnerin ist neben Deniz Celik die Vorsitzende der ver.di-Senior*innen, Doris Heinemann-Brooks. Es wird um Anmeldung bis zum 1. November unter veranstaltungen@linksfraktion.hamburg.de oder per Anruf unter 42 831-2250 gebeten.

Geschichte wird gemacht

Von Michael Joho

Geschichte wird gemacht, sie muss auch interpretiert und begriffen werden. Und das geschieht in außerordentlich anregender, multimedialer Weise auf der Website »Making History«, die die Rosa-Luxemburg-Gesellschaft betreibt. Wer sich für alternative, marxistische Geschichtsschreibung interessiert, wer mehr über die Geschichten und Vorgeschichten von Ereignissen und Entwicklungen, über markante Organisationen und Personen aus der Linken, in Deutschland und der Welt erfahren möchte, ist hier goldrichtig. Nehmen wir nur einmal die Selbstdarstellung, die sich auf der Website findet (www.rosalux.de/themen/geschichte).



Geschichte(n) & Making History

Die geschichtspolitischen Themen der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) sind breit gefächert. Themen wie Geschichte des Kommunismus und Stalinismus, Geschichte der Arbeiter*innenbewegung, DDR-Geschichte sowie Antifaschismus und Nationalsozialismus werden erweitert durch die Geschichte der neueren Linken vor und nach »1968« und die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen.

Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts erforderte in staatlicher und bürokratischer Herrschaft. Doch trug er seit seinem Entstehen in antiautoritärer Absicht zugleich immer soziale Emanzipationsversprechen in sich, mit ins Utopische weisenden Momenten. Das Historische Zentrum geht diesen widersprüchlichen Vergangenheiten nach. Das Historische Zentrum der RLS wird aus der Geschichte der gesellschaftlichen Linken und ihrer Politik heraus mit Blick auf die Zukunft kritische Fragen an die Gegenwart stellen. Zu seinen inhaltlichen Schwerpunkten gehören:

- die Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiter*innenbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts,
- die Untersuchung und die Kritik des Stalinismus, der historische Ort der DDR in der deutsch-deutschen Zeitgeschichte,
- die Transformationsperiode nach 1990,
- die Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen sowie die kritische Würdigung von Lebenslinien entlang sozialer Kämpfe.

Mit diesen Themen der Zeitgeschichte und der Erinnerungspolitik vereint das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus die Arbeit der Fokussstelle Rosa Luxemburg, der Bibliothek und des Archivs des demokratischen Sozialismus. Es arbeitet in enger Abstimmung mit den ehrenamtlichen Gesprächskreisen Geschichte und Geschichte für die Zukunft zusammen. Das Historische Zentrum versendet monatlich den Newsletter »MAKING History«. Sie können sich mithilfe eines Formulars unter info.rosalux.de mit Ihren Themeninteressen eintragen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine Institution der politischen Bildung. Gemäß ihren inhaltlichen Schwerpunkten organisiert sie Veranstaltungen, unterstützt sie Publikationsprojekte sowie ausgewählte Forschungsvorhaben, mit deren Ergebnissen sie sich in den öffentlichen Diskurs einbringt.

Auf der Website finden sich allerlei Hinweise auf Interview-Mitschnitte, Dossiers zu aktuellen und historischen Themen, die herunterladbaren Texte ganzer Broschüren und immer wieder Veranstaltungshinweise und Links zum Rein- und Mithören. Die Oktober-Nummer des digitalen Newsletters von »Making History« beschäftigt sich vor allem mit dem Blick auf die Gründung der DDR vor 75 Jahren. Es geht aber auch um Esther Bejarano, Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken und Regina Scheer, die das Leben in einer ausgezeichneten Biographie über die Sozialistin Hertha Gordon-Walcher (1894–1990) beschrieben hat. Ein Blick lohnt sich.

Kampfansage an die Ferienwohnungen

Von Detlef Grumbach, DIE LINKE St. Georg

»Gemütliche Altbauwohnung zentral am Hamburger Hauptbahnhof, St. Georg. Bewertung: außergewöhnlich. Küche, 3 Schlafzimmer, Platz für 6 Gäste.«

Sie planen ein langes Wochenende in Hamburg, eine Woche oder zwei? Theater, Elphi, Hafengeburtstag oder Junggesellenabschied? Und Hotel ist für die ganze Bagage zu teuer? Im Internet finden Sie das Richtige: Ferienwohnungen in besten Lagen: in Szenevierteln oder am Rande. Sie buchen online – und den Schlüssel zu Ihrem Glück finden Sie im Schlüsseltresor. Mal ist er im Hauseingang fest verschraubt, mal hängt er am Gitter vorm Kellerfenster, an der Befestigung von Regenwasserfallrohren oder am Grundstückszaun. Der Preis für die oben genannte Wohnung in der Bremer Reihe beträgt für vier Personen für eine Woche im Januar: 1.697 Euro!« Der Preis schwankt je nach Saison und Anzahl der Nutzer. Eine Woche im Mai für sechs Personen kostet 2.998 Euro. Der Schlüsseltresor ist im Hauseingang an der Wand verschraubt.

»Hamburg verfügt über eine ausreichende Zahl an Hotels, Pensionen und Boardinghäusern – die Zweckentfremdung von Wohnraum ist für die Unterbringung von Besuchern und Gästen sowie von Monteuren und Geschäftsleuten nicht erforderlich.« So steht es auf der Website der Freien und Hansestadt, doch der Ehrlichkeit halber müsste man dort ergänzen: »Doch die Zweckentfremdung von Wohnraum erweist sich trotz ihrer offiziellen Beschränkung als äußerst lukrativ. Vermieter dürfen sich darauf verlassen: Eine Kontrolle findet nicht statt!«

Der Preis für die Wohnung in der Bremer Reihe setzt sich zusammen aus dem Grundpreis (2 Personen), einem Betrag für jede weitere Person sowie Reinigungs- und Servicegebühren. Abzüglich dieser Gebühren bleiben im Januar 1.420 Euro und im Mai 2.500 Euro Mieteinnahmen übrig – im Schnitt rund 2.000 Euro. Offiziell dürfen Ferienwohnungen nur bis zu acht Wochen im Jahr als Ferienwohnung vermietet werden – das würde Einnahmen von 16.000 Euro bedeuten. Doch die Fotos in den meisten Angeboten erwecken nicht den Eindruck, dass die Wohnungen normal genutzt und nur zeitweise, bei Abwesenheit der dort Lebenden, als Ferienwohnung vermietet werden. Und wie angeführt: Kontrolliert wird nicht. Dies hat zumindest indirekt das zuständige Fachamt für Wohnraumschutz erklärt, als sich der Stadtteilbeirat St. Georg zuletzt 2015 mit der Thematik beschäftigt hat. Der Stadtteilbeirat hatte darauf drei Stellen dafür gefordert. Inzwischen ist zwar eine Registrierungspflicht für Ferienwohnungen eingeführt worden, von regelmäßigen Kontrollen ist aber nach wie vor nichts bekannt.

Eine Vermietung der Wohnung (normale Wohnlage, Altbau) würde jährliche Einnahmen von rund 20.000 Euro bringen. Wenn die Wohnung nur ein Vierteljahr wie im Inserat oben vermietet wird, sind es im Schnitt 26.000 Euro. Das ist defensiv gerechnet. Es können leicht auch 30.000 Euro oder mehr werden. Wie attraktiv die Form einer zweckentfremdenden Vermietung als Ferienwohnung ist, zeigt sich an den vielen Schlüsseltresoren, die dem aufmerksamen Beobachter



Holzdamms 39



Pulverteich 15



Ausufernde Ferienwohnungsindizien in St. Georg

als Ersatz einer persönlichen Übergabe an die Gäste ins Auge springen. Nicht jeder Tresor ist der Beweis für eine Ferienwohnung, aber doch ein deutliches Indiz. Angesichts des Wohnraumproblems muss hier etwas geschehen!

- Bestandsaufnahme: Die Zahl der offiziell registrierten Ferienwohnungen muss nach Stadtteilen aufgelistet öffentlich gemacht werden.
- Kontrolle: Die Behörden müssen eigenständig die Angebote auf dem Markt erheben, kontrollieren und bei Verstößen die jetzt schon vorgesehenen Bußgelder erheben.

Das soll nicht zulasten derer gehen, die selbst am Minimum kratzen. Wessen Wohnung zu groß ist (weil Kinder oder Partner*innen auf und davon oder Wohngemeinschaften zerbrochen sind) und wer sich angesichts der gestiegenen Mieten keine kleinere Wohnung leisten kann, soll weiterhin ein Zimmer bei Airbnb o.ä. anbieten dürfen. Ansonsten sollte ein Recht auf Wohnungstausch ohne den üblichen Aufschlag bei Neuvermietung möglich gemacht werden. Auch wer für die Finanzierung seines eigenen Urlaubs die Wohnung für diesen Zeitraum vermietet, sollte das tun dürfen. Das ließe sich daran erkennen, dass die Wohnung nur ein oder zwei Mal im Jahr für einen fest definierten Zeitraum angeboten wird.

Der Autor im Einsatz für DIE LINKE

- Zweckentfremdungsgenehmigungen ausschließlich für Teile einer als ständigen Wohnraum genutzten Wohnung! Ein Problem bleiben die sogenannten »Zweitwohnungen«, die allein dem Zweck als Ferienwohnung dienen. Wenn die Besitzer (Eigentümer*in oder Mieter*in) selbst in Hamburg leben und die Wohnung ausschließlich zum Zweck der Vermietung haben, sollte dieses Geschäftsmodell verboten und die Wohnungen auf dem normalen Wohnungsmarkt dauerhaft vermietet werden. Wer außerhalb von Hamburg lebt und eine Bleibe in Hamburg haben möchte, sollte sich das ohne die zeitweise Vermietung als Ferienwohnung leisten können und darf nicht auch noch Extraprofite mit der Wohnung machen.
- Keine Zweckentfremdungsgenehmigung für Zweit- und Nebenwohnungen!
- Verbot von Vermietung von Zweitwohnungen und möblierten Wohnungen für Zeiträume von weniger als drei Monaten!

Die Probleme des Wohnungsmarkts werden sich auf diesem Weg nicht lösen lassen. Aber einer deutlichen Verschärfung aus Interesse an Extraprofiten könnte so zumindest Einhalt geboten werden.



»Wie Kriege enden«

Buchbesprechung von Bene Schmidt-Joho

Wie Kriege enden und Frieden verhandelt werden kann ... ist uns eigentlich klar, oder? Lohnt es sich, dazu ein ganzes Buch zu lesen?

Es lohnt! »Worte statt Waffen« von Jan van Aken, seit diesem Sommer auf dem Markt, liest sich – im Gegensatz zu manch anderem Sachbuch – richtig flüssig und eröffnet zugleich tiefe und hochspannende Einblicke in Organisationen, Krisen und Krisenbewältigungsstrategien.

- Welche Möglichkeiten gibt es, Konflikte zu beenden, oder besser noch, sie zu vermeiden? Wie kam es eigentlich zum Einsatz der »UN-Blauhelme«? Und warum war ihr Einsatz in Srebrenica so desaströs?
- Was ist die Rolle der UN? Von der Suez-Krise über Nordirland bis zum 7. Oktober 2024 ist es ein tiefgründiger Gang durch die Geschichte von Kriegen und Krisen. Ich bin sicher, fast jede/r hat ein Aha-Erlebnis bei der Lektüre.
- Was Mai Thi Nguyen-Kim bei YouTube und anderswo vorwiegend für junge Leute macht, das macht auf Jan van Aken in seinem Buch: Er räumt mit Vorurteilen auf.
- Wer Frieden bewahren will, muss für Gerechtigkeit sorgen! Und wie das im Großen aber auch im Kleinen gehen kann, welche Ursachen und widerstreitende Interessenlagen dabei eine Rolle spielen (können), wird anschaulich beschrieben. Es stehen also nicht ausschließlich die »großen Kriege« im Mittelpunkt, sondern auch die vermeintlich kleinen Konflikte, die Menschen das Leben schwer machen. Eine Reise von Chicago bis zu den Philippinen!
- Ein bisschen neidisch bin ich auf die hochinteressanten Projekte, an denen der Autor beteiligt war und wie spannend Biologie und Chemie auch im Positiven sein können. Da kann der Autor ganz zu Recht »auch mal ein bisschen eitel« sein! Professor Börne ist dagegen ein Langweiler!

Eigentlich erstaunlich, dass das alles auf nur 283 Seiten erfasst wird. Was mich aber besonders berührt und begeistert hat, ist die Lust an positiver Veränderung, die es weckt, und die Vorstellung, wie die Welt im Guten sein könnte. Das ist einfach wunderbar in einer Zeit, in der fast jede Nachricht dazu führt, noch ein wenig mehr in die Knie zu gehen.

Deshalb kann dem Kommentar von Thomas Gebauer im Klappentext nur zugestimmt werden: »Ein kluges und wunderbar geschriebenes Buch«.

Jan van Aken: Worte statt Waffen. Wie Kriege enden und Frieden verhandelt werden kann; 22,99 €, ISBN 978-3-43021-115-4

Und hier das Vorwort aus dem neuen Buch des promovierten Biologen Jan van Aken, der über die Hamburger Landesliste der LINKEN von 2009 bis 2017 im Bundestag saß und sich nunmehr anschickt, zusammen mit Ines Schwerdtner, den Vorsitz in der bundesdeutschen Partei DIE LINKE zu übernehmen.

Jan van Aken

Worte statt Waffen

Wie Kriege enden und Frieden verhandelt werden kann



»Verhandlungen sind die Fortsetzung des Krieges auf einem anderen Schlachtfeld!«

Einleitung

Viele sicher geglaubte Wahrheiten sind in den letzten Jahren verlorengegangen. Frieden schaffen ohne Waffen – das war doch immer richtig!? Aber seit 2022 stellt sich vielen die Frage: Muss sich die Ukraine nicht gegen diesen brutalen Angriff verteidigen können? Wie soll es ohne Waffen und ohne Verteidigung zu einem Frieden kommen, ohne dass Russland das ganze Land übernimmt? Das gleiche gilt für den Nahen Osten: Auch hier scheint eine Zukunft ohne Waffen kaum vorstellbar.

Dieses Buch ist kein detaillierter Masterplan für eine Beendigung des Nahost-Konfliktes oder des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, denn den gibt es nicht. Aber es gibt Erfahrungen, aus denen wir lernen können, für den Umgang mit aktuellen Kriegen und ein friedlicheres Morgen. Das Buch zeigt auf, wie auch in den verfahrensten Situationen und blutigsten Konflikten am Ende die Waffen zum Schweigen gebracht werden konnten – und wie Wege für einen dauerhaften Frieden geebnet wurden.

Es gibt so viele inspirierende Beispiele in der Geschichte, so viel Mut und Hoffnung angesichts der friedlichen Beilegung unterschiedlichster Konflikte, dass ich zutiefst davon überzeugt bin, dass es – fast – immer auch friedliche Wege

¹ »Negotiations are a continuation of war in a different theater of operations.« L. Sumbeiywo (2009) To Be A Negotiator: Strategy and Tactics. Mediation Support Project, ETH-Zürich and swisspeace Bern.

zum Frieden geben kann. Die sind oft nicht einfach und auch sie haben ihren Preis – aber eben einen, der weniger Tod, Leid und Zerstörung bedeutet. Drei Viertel aller kriegerischen Konflikte in den vergangenen Jahrzehnten endeten mit einem Friedensabkommen.²



Jan van Aken auf dem Sommerfest der Hamburger Linksfraktion auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz am 24. August (Foto: Michael Joho)

An Beispielen aus der ganzen Welt lässt sich zeigen, wie Friedensgespräche funktionieren, und was es braucht, damit sie überhaupt beginnen. Welche Rolle kann ein Land wie Deutschland spielen, um Friedensprozesse in anderen Teilen der Welt zu unterstützen? Was lässt sich tun, um Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen und Kriege schon im Ansatz zu stoppen? Dieses Buch schaut zurück in die Geschichte, auf den Erfolg und Misserfolg unterschiedlichster Friedensprozesse. Und nach vorn, auf die vielen Wege zu einer friedlicheren Konfliktlösung.

Neueste Erkenntnisse der Friedensforschung werden mit Geschichten aus der Praxis verwoben. Auch aus meinen persönlichen Erfahrungen. Seit einem Vierteljahrhundert arbeite ich nun zu Abrüstung und Friedensthemen – etwas ungewöhnlich für einen Biologen. Das kam so: Seit Beginn meines Studiums habe ich mich mit den Risiken der Gentechnik befasst, in all ihren Variationen. Darüber habe ich an der Universität geforscht und bei Greenpeace Kampagnen organisiert. In dieser Zeit kam immer wieder die Frage auf, ob Gentechnik auch kriegsrelevant ist, weil sie biologische Waffen noch gefährlicher machen könnte. Eine Frage, die in der öffentlichen Diskussion praktisch keine Rolle spielte. Auch ich habe sie immer wieder ignoriert – bis mir 1999 das Buch ›The Cobra Event‹ von Richard Preston in die Hand fiel, in dem ein gentechnisch verändertes Supervirus die Menschheit bedroht. Maßlos übertrieben, aber rasant geschrieben, ich hatte meinen Spaß. Wenige Monate später entstand daraus mit einem US-amerikanischen Kollegen zusammen die Idee, sich doch mal intensiver mit solchen Risiken auseinanderzusetzen. In einem kleinen Restaurant in New York City entwickelten wir die Idee einer kleinen Nichtregierungsorganisation, dem Sunshine Project, das in den Folgejahren den einen oder anderen Skandal rund um Gentechnik und Biowaffen recherchierte.

² Vicenç Fisas (2015) *Yearbook on Peace Processes*, Seite 9. Eine andere Studie kommt zu dem Schluss, dass 68% aller zwischenstaatlicher Kriege zwischen 1800 und 1980 durch Verhandlungen endeten. Alexander Bramble et al. (2023) *Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine: Ideen und Optionen zur Vorbereitung und Gestaltung eines Verhandlungsprozesses*. *Kurzinformation*. Genf: Inclusive Peace.

Damit war ich mittendrin in Abrüstungsfragen, die mich seitdem in vielen Variationen beschäftigten und in denen ich den unterschiedlichsten Mitteln und Wegen einer friedlichen Konfliktlösung begegnete: Als Biowaffeninspektor bei den Vereinten Nationen konnte ich hautnah erleben, welche friedlichen Alternativen zur militärischen Gewalt es hätte geben können, damals 2003 im Irak. Und wie politische und wirtschaftliche Interessen manchmal ganz bewusst einen friedlicheren Weg zur Lösung eines Konfliktes verstellen. In meiner Zeit bei Greenpeace International habe ich an Initiativen zur atomaren Abrüstung im Nahen Osten mitgearbeitet und als Abgeordneter im Deutschen Bundestag konnte ich mir direkt in verschiedenen Konfliktregionen ein Bild von der Situation – und möglichen Lösungen – machen. Ob nun lokale Initiativen zur zivilen Krisenprävention im Südsudan, die Untersuchungen der Internationalen Atomenergie-Organisation zum iranischen Atomprogramm, deutsche Waffenlieferungen in Kriegsgebiete oder ein Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Bombenangriff von Kundus in Afghanistan: Überall bin ich auf friedliche Alternativen und zivile Möglichkeiten der Konfliktbeilegung gestoßen, die leider nur allzu oft an den Machtinteressen oder Ideologien einzelner Akteur:innen gescheitert sind. Auch an denen Deutschlands.

Dieses Buch zeichnet an Beispielen nach, wie Kriege endeten, wie ein neues Aufflammen von Gewalt verhindert wurde und ein dauerhafter Frieden erreicht werden konnte – und schaut dabei auch auf die Rolle Deutschlands in vielen Konflikten dieser Welt. Denn ob und wie die reichen Länder agieren, hängt allzu oft davon ab, was ihnen und ihrer Wirtschaft nützt. Wenn Rohstoffe billig und der Zugang zu fossilen Energien sicher sein sollen, dann bleiben die Menschenrechte und der Frieden oft auf der Strecke, der Einmarsch eines Staates in ein Nachbarland ist dann schnell verziehen. Wenn Fluchtrouten weit vor dem Mittelmeer unterbrochen werden sollen, dann werden auch schon mal die schlimmsten Übeltäter zu »Partnern«. Wenn schmutzige Geschäfte mit Waffenlieferungen geschmiert werden, dann muss man damit rechnen, dass die Waffen auch eingesetzt werden. Als die ganze Welt schon wusste, dass die Assad-Regierung in Syrien in großen Mengen Sarin als Chemiewaffe produzierte, haben deutsche Firmen trotzdem noch die Ausgangschemikalien nach Syrien geliefert – womöglich, weil man den syrischen Geheimdienst im »Kampf gegen den Terror« für unverzichtbar hielt.

Diesem Zynismus – manche nennen es »Realpolitik« – stellen sich die vielen Held:innen des Alltags entgegen, die unermüdlich in ihrer Gemeinde, in ihrem Land und auf ihrem Kontinent ganz »reak« daran arbeiten, den Frieden sicherer zu machen oder ihn überhaupt erst wieder herzustellen. Die mit zivilen Mitteln Konflikte lösen, in Kriegen vermitteln, die versöhnen und erinnern, die Ungerechtigkeiten bekämpfen, gegen Straflosigkeit vorgehen oder sich unter größten Risiken gegen die vermeintlichen Lösungen der Waffengewalt stellen. Dies ist auch ein Buch über und für sie. Mögen sie uns Anregung und Inspiration sein, selbst einen Beitrag zu einer friedlichen und gerechten Welt zu leisten.«

Ein Jahrhundert der Solidarität: Die Rote Hilfe von ihren Anfängen bis heute

Von der Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg

2024 jährt sich die Gründung der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) zum 100. Mal – ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte einer Organisation, die sich seit ihrer Gründung der Unterstützung politisch Verfolgter widmet. Ihre Entwicklung ist eng mit den politischen Kämpfen und Umbrüchen des 20. Jahrhunderts in Deutschland verknüpft.

Die Anfänge der Roten Hilfe

Die Rote Hilfe wurde in den turbulenten Zeiten nach dem Ersten Weltkrieg ins Leben gerufen. Im Jahr 1921, während des Mitteldeutschen Aufstands, gründete die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) die ersten sogenannten Rote-Hilfe-Komitees. Diese waren dazu gedacht, politische Gefangene, deren Familien und die Angehörigen der in den Kämpfen gefallenen Genoss*innen zu unterstützen.

Nach dem vorübergehenden Verbot der KPD und der damit verbundenen Zerschlagung der ersten Roten-Hilfe-Strukturen im Jahr 1923 entschlossen sich die Aktivist*innen, nach der Aufhebung des Verbots eine eigenständige und parteiunabhängige Organisation zu gründen. Am 1. Oktober 1924 wurde die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) offiziell gegründet. Mit einer festen Mitgliederstruktur und regelmäßigen Beiträgen wuchs die Organisation innerhalb weniger Jahre zu einer Massenbewegung heran. 1932 zählte die RHD über 375.000 Einzelmitglieder, ergänzt durch Kollektivmitgliedschaften, die weitere Hunderttausende erfassten.

Die Arbeit der RHD war vielseitig. Neben der materiellen Unterstützung für politische Gefangene und deren Familien bot die Organisation auch rechtliche Beratung und juristische Hilfe an. Dies wurde besonders wichtig, als politische Aktivist*innen zunehmend mit staatlichen Repressionen in Form von Prozessen und Inhaftierungen konfrontiert wurden.

Die Zerschlagung durch die Nationalsozialisten

Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Jahr 1933 sah sich die Rote Hilfe massiver Verfolgung ausgesetzt. Viele ihrer Mitglieder wurden inhaftiert oder mussten ins Exil gehen. Die Organisation wurde verboten, und ihre Strukturen wurden weitgehend zerschlagen. Trotzdem versuchten einige Mitglieder, die Arbeit im Untergrund fortzusetzen. Sie organisierten weiterhin heimlich Unterstützung für die zahlreichen politischen Gefangenen und ihre Angehörigen. Doch der anhaltende Terror des NS-Regimes führte dazu, dass die RHD immer mehr geschwächt wurde. 1938 wurde die Organisation schließlich im Exil offiziell aufgelöst, doch die Idee der Solidarität blieb in vielen Köpfen lebendig.

Wiederbelebung in der Bundesrepublik

Nach Jahrzehnten ohne eine Rote Hilfe entstand Ende der 1960er-Jahre, als die staatliche Repression gegen studentische Protestbewegungen in der Bundesrepublik zunahm, in West-Berlin das »Sekretariat Rote Hilfe« (SRH). Diese Initiative bezog sich auf die Tradition der ursprünglichen RHD, war



Solidaritätsplakat von Heinrich Vogeler (Abb. aus einer Broschüre zur Roten Hilfe, S. 29)

jedoch als loses Netzwerk autonomer Gruppen organisiert. In den 1970er-Jahren gründeten auch maoistische Parteien eigene Rote-Hilfe-Strukturen, die sich jedoch aufgrund interner Konflikte und staatlicher Repressionen schnell auflösten.

In den 1980er-Jahren formierte sich die Organisation neu. 1986 wurde sie in »Rote Hilfe e.V.« umbenannt, und durch eine Satzungsänderung öffnete sie sich einem breiteren Spektrum linker Strömungen. Diese Neuausrichtung ermöglichte es der Organisation, mehr Mitglieder zu gewinnen und ihre Aktivitäten auf eine stabilere Grundlage zu stellen.

Die Rote Hilfe seit 1990

Seit den 1990er-Jahren erlebte die Rote Hilfe e.V. einen kontinuierlichen Zuwachs an Mitgliedern. Besonders durch staatliche Repressionen gegen verschiedene linke Bewegungen, etwa die antifaschistische Szene oder die Klimagerechtig-

keitsbewegung, gewann die Organisation weiter an Bedeutung. Heute hat die Rote Hilfe e.V. über 15.000 Mitglieder und ist in mehr als 50 Ortsgruppen in ganz Deutschland aktiv.

Die Hauptaufgabe der heutigen Roten Hilfe liegt in der Unterstützung von Aktivist*innen, die aufgrund ihres politischen Engagements mit dem Staat in Konflikt geraten sind. Dazu gehören unter anderem die Übernahme von Prozesskosten, Anwaltsgebühren und Strafzahlungen. Zudem betreut die Rote Hilfe politische Gefangene und setzt sich durch Besuche und Briefe für deren Rechte ein. Die Organisation spielt auch eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit, indem sie regelmäßig auf die zunehmende staatliche Repression gegen linke Aktivist*innen aufmerksam macht.

Auch in Hamburg gibt es eine aktive Ortsgruppe, die sich entsprechend engagiert. Sie beteiligt sich an Solidaritätskampagnen für Angeklagte und Inhaftierte im Hamburger Raum, immer wiederkehrende Schwerpunkte hier sind z.B. die Verfahren gegen Mitglieder der kurdischen Bewegung nach § 129b wegen der angeblichen Mitgliedschaft in der PKK, die Kriminalisierung antifaschistischer Aktionen oder die Verfahren gegen Aktivist*innen, die sich an den Protesten gegen den G20-Gipfel im Jahr 2017 beteiligten. Zusätzlich berät und unterstützt die Ortsgruppe Hamburg in vielen kleineren Fällen, die über die wöchentliche Beratung regelmäßig an sie herangetragen werden.



Durch Veranstaltungen, Informationskampagnen und Publikationen wie die »Rote Hilfe Zeitung« bleibt die Organisation ein wichtiger Akteur in der linken Bewegung. Sie zeigt, wie notwendig organisierte Solidarität ist, um der staatlichen Repression entgegenzuwirken und den Kampf für soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit zu unterstützen.

Beratung der Ortsgruppe Hamburg: Jeden Dienstag zwischen 19.30 und 20.00 Uhr im centro sociale (Sternstraße 2), E-Mail: hamburg@rote-hilfe.de, Webseite: <https://hamburg.rote-hilfe.de>.

VOLKSBEGEHREN ZUR REDUZIERUNG VON WERBUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM

HAMBURG WERBEFREI

Auftaktveranstaltung zur zweiten Sammelphase

Sonntag, 27.10.2024
13:00 - 15:30

Centro Sociale
Sternstraße 2
20357 Hamburg

Für alle, die Interesse am Volksbegehren haben und mitmachen möchten.

Jetzt schon Briefwahlunterlagen beantragen!

www.hamburg-werbefrei.de

Und nicht vergessen: Nur noch **bis zum 18. Oktober** kann für mehr Klimaschutz in Hamburg unterschrieben werden, Infos über die laufende Volksinitiative unter <https://zukunftentscheid-hamburg.de/>.



Du hast noch nicht unterschrieben?

Bestell noch heute Unterlagen nach Hause oder unterschreib persönlich in deiner Nähe.

Du hast noch Unterschriftenlisten zu Hause?

Bis zum 18.10. kannst du Listen persönlich an unseren Abgabestellen abgeben. Bis zum 19.10. können Listen bei uns in der Kampstraße 15 abgegeben werden. Oder du gibst deine Listen spätestens am 17.10. in die Post an: Hamburger Zukunftsentscheid, Kampstraße 15, 20357 Hamburg.

Kultur Tipp

Vom Lager Theresienstadt und dem Grundgesetz

Von Michael Joho

Auch wenn ich mich wiederhole, aber es gibt mindestens zwei Gründe, noch einmal auf etwas hinzuweisen, was wir bereits im Dezember 2023 als Kultur Tipp empfohlen hatten: einen Auftritt des Schauspielers Roman Knížka und des Bläserquintetts OPUS 45. Der eine Grund, das Ensemble tritt in Hamburg Mitte November gleich zweimal auf, kostenfrei wohlgeplant. Der zweite Grund, ich habe mittlerweile drei Programme dieser Gruppe gesehen und war jedesmal wieder begeistert. Zwei Auftritte wird es jetzt im Rahmen der Altonaer Filmfestspiele geben, finanziert von der Landeszentrale für politische Bildung, die bereits mehrfach Konzerte des Ensembles in Hamburg an wechselnden Orten präsentiert hat.



Das Bläserquintett OPUS 45 mit Roman Knížka bei der Aufführung des Theresienstadt-Programms am 20. Januar 2024 in St. Georg (Foto: Michael Joho)

Am Freitag, den 11. November, wird um 18.00 Uhr im Altonaer Museum (Museumstraße 23) erneut das zweistündige Werk **»Ich wand're durch Theresienstadt«** gegeben. Es geht um das von den Nationalsozialisten 1941 in der böhmischen Stadt Terezin gegründete Lager, das bis 1945 als Ghetto für rund 150.000 deutsche, österreichische, tschechische, später

auch holländische dänische Jüdinnen und Juden genutzt wurde. Alleine von den fast 15.000 Kindern überlebten diesen Ort des Schreckens - von den Nazis als Vorzeige-Lager bezeichnet - lediglich 132. Das Leben dieses »Vorhofes der Hölle« vor dem oftmaligen Abtransport nach Auschwitz veranschaulicht Roman Knížka durch die Rezitation von Texten u.a. von Ilse Weber, Ruth Klüger,

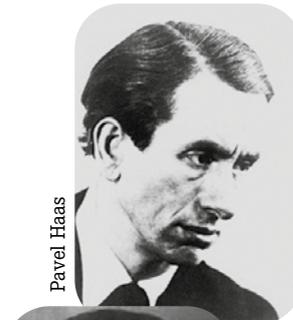


Ilse Weber

Leo Strauss und Gerty Spiess. Kongenial spielt das Bläserquintett Kompositionen von Pavel Haas, Hans Krása, Viktor Ullmann und Gideon Klein, alle vier Musiker wurden in Theresienstadt ermordet.

Ganz ähnlich operiert das Ensemble am Samstag, den 12. November, ab 18 Uhr am selben Orte, wenn es heißt, **»Die Würde des Menschen ist unantastbar ...«** und »Eine mah-

nende Liebeserklärung an das deutsche Grundgesetz«. Knížka erzählt die Geschichte des Grundgesetzes und konträrkariert sie - vor allem in der zweiten Hälfte - mit der deutschen Verfassungswirklichkeit, die in so vielem abweicht von den Vorgaben des Grundgesetzes.



Pavel Haas



Hans Krása

Roman Knížka werden viele aus dem Fernsehen kennen, OPUS 45 lässt sich nur auf solchen Veranstaltungen erleben, denn das Bläserquintett setzt sich aus Musiker*innen verschiedener Ensembles aus Hamburg, Hannover und Glasgow zusammen. Mehr zu den beiden Aufführungen von mittlerweile insgesamt sieben Programmen unter www.hamburg.de/resource/blob/970172/f3b90e683623c1c1936f660721dd7b14/infobrief-2024-okt-nov-data.pdf (S. 17-20). ♦

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg